

Antrag des Landesvorstands an die Landesverbandstagung

Die Delegierten der 21. Landesverbandstagung mögen auf Antrag des Landesvorstandes die folgende Essener Erklärung 2023 beschließen:

Essener Erklärung 2023

Die soziale und ökologische Krise meistern, den Sozialstaat stärken

Erklärung der Delegierten der 21. Landesverbandstagung des SoVD NRW vom
02.06.2023 bis 03.06.2023 in Essen-Bredeney

Die Delegierten des SoVD Nordrhein-Westfalen e.V. wenden sich in Vertretung aller Verbandsmitglieder mit dieser Erklärung an die politisch Verantwortlichen unseres Landes und an die Öffentlichkeit.

Vielfältige soziale Krise

Die soziale Entwicklung in Nordrhein-Westfalen und in ganz Deutschland erfüllt uns mit großer Sorge. Teils seit Jahrzehnten beklagte Missstände und Krisenentwicklungen, auf die wir die politisch Verantwortlichen immer wieder hinwiesen, blieben unbewältigt, haben sich vertieft und ausgeweitet, auch infolge neuer Krisen. Einige Schlaglichter:

- Immer mehr Menschen sind von **Armut** und sozialem Ausschluss betroffen. Die Armutsquoten in NRW wie in ganz Deutschland erreichen immer neue Höchststände. Wenn auch auf niedrigem Niveau, erfasst diese Entwicklung auch Erwerbstätige sowie Hochqualifizierte. Das Ruhrgebiet als größter Ballungsraum Deutschlands ist auch ein deutschlandweiter Ballungsraum der Armut. Rund 600.000 Betroffene in NRW ernähren sich mit Hilfe der Tafeln, weil die staatlichen Leistungen zu niedrig sind.

- Die **pflegerische Versorgung** rutscht immer tiefer in die Krise. Der Anteil der pflegebedürftigen Menschen, die ohne professionelle Unterstützung allein von Angehörigen versorgt werden, steigt stetig und erreicht immer neue historische Höchstwerte. Für die Pflegenden (überwiegend Frauen) ist dies bekanntlich vielfach mit Überforderung und Armutsrisiken wegen Einschränkung der Erwerbstätigkeit verbunden. Der Anstieg der privat zu tragenden Kosten einer vollstationären Versorgung hat das Armutsrisiko Pflegebedürftigkeit, das durch die Pflegeversicherung überwunden werden sollte, wieder zunehmend virulent werden lassen. Die unzureichende Personalausstattung der Pflegeeinrichtungen, über die in NRW schon seit zwei Jahrzehnten diskutiert wird, hat sich zum Pflegenotstand zugespitzt. Zunehmend können Versicherte Leistungsansprüche an die Pflegeversicherung nicht oder nicht zeitnah einlösen, weil es an entsprechenden Angeboten mangelt.
- Bei der **Gesundheitsversorgung** mangelt es nicht selten an Allgemein- und Fachärzt*innen, insbesondere in ländlichen Regionen und in ärmeren städtischen Quartieren. Zudem breiten sich ärztliche Angebote aus, die von Investoren zum Zweck der Gewinnerzielung betrieben werden. Die psychotherapeutische Versorgung mit oft unverträglich langen Wartezeiten ist unzureichend. Die Krankenhäuser leiden vielfach an Personalmangel und müssen sich zuvorderst um ihre „Wirtschaftlichkeit“ sorgen. Land und Bund haben Reformen der Krankenhausplanung und -struktur auf den Weg gebracht, deren Wirkungen für die betroffene Bevölkerung kaum absehbar sind, und die teils im Verdacht stehen, eher spar- als gesundheitspolitischen Zwecken zu dienen. Aktuell erleben wir eine Krise der Arzneimittelversorgung, die wir zuvor für unmöglich gehalten hätten.
- Aus dem Menschenrecht auf **Wohnen** wurde bekanntlich ein neues Armutsrisiko, weil es an bezahlbarem Wohnraum mangelt, während sich der Anstieg der Mietpreise fortsetzt und der Bestand an Sozialwohnungen immer weiter schrumpft. Vor allem sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen stehen vor großen Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche. Dies erst recht, wenn sie eine barrierefreie Wohnung benötigen. Die Zahl der registrierten wohnungslosen Personen in NRW ist im vergangenen Jahrzehnt drastisch gestiegen.

- Auch in **Kitas und Schulen** herrscht Personalmangel. Die Einlösung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz scheidet teils an fehlenden Plätzen, und zudem sind die Öffnungszeiten vielfach nicht kompatibel mit vollwertiger Erwerbstätigkeit. Dies schränkt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein und benachteiligt vor allem Frauen. Ähnliches gilt auch mit Blick auf schulische Ganztagsangebote. Schulischer Bildungserfolg ist nach wie vor in hohem Maße vom sozialen Status des Elternhauses abhängig. Viele sanierungsbedürftige und überfüllte Schulen können keine lernfördernde Umgebung bieten. An die Stelle der „Wahlfreiheit“ bezüglich der Schule ist mancherorts eine Mangelverwaltung von Schulplätzen getreten.
- Seit die **UN-Behindertenrechtskonvention** 2009 Teil des deutschen Rechts wurde, kommt die Verwirklichung darin verbriefter Menschenrechte nur äußerst zäh voran. Dies gilt gerade auch für die in Landeskompentenz stehenden Handlungsfelder der Barrierefreiheit und des Rechts auf inklusive Bildung. Auch am Arbeitsmarkt sind behinderte Menschen nach wie vor strukturell benachteiligt. Die Zahl der schwerbehinderten Arbeitslosen steigt im langjährigen Trend und entwickelt sich ungünstiger als die allgemeine Arbeitslosigkeit. Bisher wird achselzuckend hingenommen, dass viele Arbeitgeber ihren gesetzlichen Beschäftigungs- und Ausbildungspflichten nicht nachkommen.
- Die zur sozialen Abfederung der **Corona-Krise** und der **Energiepreiskrise** getroffenen Maßnahmen haben eine weitere Zunahme sozialer Ungleichheit nicht abgewendet. Aktuell belastet die teils „gewinngetriebene“ Teuerung besonders von **Lebensmitteln** vor allem unterdurchschnittliche Einkommen.

Wachsende soziale Ungleichheit lässt unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriften. Dies betrifft auch die Verhältnisse armer bzw. wohlhabender Kommunen, Regionen und Ländern - kaum vereinbar mit dem Verfassungsgebot gleichwertiger Lebensverhältnisse. Wenngleich wir bisherige politische Maßnahmen und Reformen zur Linderung einzelner Krisenfolgen würdigen und schätzen, so bieten sie doch keine Perspektive des Auswegs aus der vielgestaltigen sozialen Krise, zum Abbau der sozialen Ungleichheit und hin zu einer solidarischen Gesellschaft. Wir sind in großer Sorge, dass fortdauernde Perspektivlosigkeit für viele auch die **Demokratie**

aushöhlt und untergräbt. Aufstieg und Verfestigung einer „Neuen Rechten“ sowie die sozial gespaltene Wahlbeteiligung sind unübersehbare Alarmzeichen.

Sozial-ökologischer Umbau

Die unabweisable Notwendigkeit, die Erderwärmung so rasch und wirksam wie möglich zu begrenzen und das Artensterben zu stoppen, stellt auch unsere Gesellschaft in den kommenden Jahren vor enorme Herausforderungen. Deren zielführende gemeinschaftliche Bewältigung wird nur gelingen, wenn die Refinanzierung des erforderlichen Investitionsaufwands (z. B. Energiewende, Wärmewende, Verkehrswende, Agrarwende) nicht von breiten Bevölkerungsschichten als soziale Bedrohung wahrgenommen wird. Das Ökologische muss verschmelzen mit dem Sozialen, mit greifbaren Perspektiven eines besseren Lebens für die Vielen, einer Perspektive des Abbaus sozialer Ungleichheit, die auch diejenigen einschließt, die auf besondere Förderung, Unterstützung und Hilfe angewiesen sind. Ökologischer Umbau braucht einen leistungsfähigen Sozialstaat.

Die alten Fragen der **Verteilungs- und Belastungsgerechtigkeit** stellen sich als „Klimagerechtigkeit“ mit gesteigerter Vehemenz. Nicht zuletzt müssen die öffentlichen Haushalte und die Sozialversicherungen auf allen Ebenen eine Finanzausstattung erhalten, die ihnen die Bewältigung ihrer Herausforderungen ermöglicht. Dies ist auch finanzierbar, wenn der private Einkommens- und Vermögensreichtum – auch und gerade der Superreichen - sowie Unternehmensgewinne endlich mit Steuern und Abgaben angemessen zur Finanzierung von Belangen der Allgemeinheit herangezogen werden.

Wir fordern alle politisch Verantwortlichen in Nordrhein-Westfalen einschließlich der demokratischen Bundestags- und Europaabgeordneten unseres Landes auf, im vorgenannten Sinne den Abbau ökologischer Zerstörung mit dem Abbau sozialer Ungleichheit zu verbinden und den Weg in eine zukunftsfähige, nachhaltige und solidarische Gesellschaft zu öffnen.